



**Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Saar an den SPD Landesvorstand 29.08.2018**

AfA Landesvorsitzender Dr. Luitpold Rampeltshammer

**Positionspapier AfA Landesvorstand zur Erneuerung der SPD**

40, 47 und 48 sind Eckwerte, welche die jüngere Entwicklung der SPD verdeutlichen: Im Jahr 2017 hatte die SPD 40% weniger Mitglieder als im Jahre 2000, mit 20,5% erreichte sie 47% weniger Stimmen bei der Bundestagswahl (nicht Prozentpunkte!) 2017 als 2002 und 48% weniger absolute Stimmen. Verheerende Wahlergebnisse in manchen Landtagswahlen (12,7% in Baden-Württemberg, 12,4% in Sachsen, 10,6% in Sachsen-Anhalt und 12,4% in Thüringen); überwiegend schlechtere Ergebnisse als noch vor 15 Jahren in allen anderen Landtagswahlen verdeutlichen diesen Trend.

Diese Entwicklung ist (leider) nicht nur auf Deutschland beschränkt, auch andere sozialdemokratische und sozialistische Parteien in Europa durchleben einen drastischen Niedergang in der Anzahl der Mitglieder und der Stimmen bei Wahlen (Frankreich 7%, Polen 7%, Niederlande 6% oder Griechenland 6% sind aktuelle Beispiele). Das Gegenbeispiel ist die Labour Partei in Großbritannien, die ihre Mitgliederbasis mehr als verdreifachen (gegenüber der Blair Zeit) konnte. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer an den Sorgen und Nöten der Menschen orientierten Politik von Labour. Das Ergebnis war ein Zuwachs von fast 10% Punkten bei der Unterhauswahl 2017).

Gleichzeitig erleben populistische, und vor allem rechtspopulistische Parteien, in Europa einen massiven Aufschwung (Ungarn 50%, Polen 37%, Österreich 26%, Dänemark 21, AfD 12,6%)

War die SPD 2014 noch in der Lage, ca. 25% der Wähler mit rechtsradikalen Einstellungen an sich zu binden, so sind das 2016 nur noch 15%.

Diese Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass sich die sozialdemokratischen Parteien in Europa in einem Prozess des massiven Vertrauensverlusts seitens ihrer bisherigen Wähler\*innen befinden und dass diese auch zu rechtspopulistischen Parteien abwandern.

### **Woher kommt diese Entwicklung?**

Im Kern ist sie eine einseitige und dadurch fehlerhafte Analyse der Ursachen, Auswirkungen und angemessenen Verarbeitung ökonomischer Globalisierung. Die Idee einer Anpassung an sich globalisierende Märkte, die eindeutig die Prioritäten von Unternehmen, überwiegend auf Kosten der Gruppen, die es auf dem Arbeitsmarkt schwer haben, hat sich für die Sozialisten und Sozialdemokraten in Süd- und Westeuropa als desaströs herausgestellt. Auch die Einschätzung, dass die EU als geeintes europäisches Bollwerk gegen die marktgetriebenen Globalisierungskräfte fungieren würde, ist gescheitert.

1. Die Europäische Union war von Anfang an ein Elitenprojekt ohne soziale Fundierung, der Fokus war stets auf den funktionierenden Binnenmarkt gelegt. Die Annahme der progressiven Kräfte war, dass eine politische und soziale Union der wirtschaftlichen folgen würde, die der Neoliberalen war, dass durch den Wegfall der Binnengrenzen und durch den Einschluss in eine gemeinsame Währung, mit Sanktionsmöglichkeiten für Abweichler, „soziale Auswüchse“ in Schach gehalten werden konnten. Soziale Regelungen im Institutionengefüge der EU sind äußerst spärlich, dies wurde einerseits durch den Zuschnitt der Verträge und andererseits durch die konsequente Vorrangstellung der vier Grundfreiheiten durch den EuGH, noch bestärkt. Die Reaktion der EU Kommission auf das Fehlen des Sozialen in Europa, die „Europäische Säule Sozialer Rechte“ einzuführen, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, da diese aber nur bereits existierende Regelungen bündelt und sie obendrein auch als „rechtlich nicht bindend“ einstuft, lediglich Makulatur.

Zusätzlich dazu hat die Europäische Kommission, in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der sogenannten Troika, den von der Schulden- und Immobilienkrise gebeutelten Staaten in Südeuropa als Bedingungen für die Gewährung von Unterstützung eine breite Reduzierung der Sozialausgaben (Renten – in Griechenland z.B. um 60% und zum 1.1.2019 um weitere 16% -, Gesundheitsausgaben und Arbeitslosenunterstützung kürzen), sowie bestehende Tarifstrukturen (z.B. die Vorrangstellung von Flächen- zu Betriebstarifverträgen) zerstört, die zu einer nachhaltigen Lohnsenkung in diesen Ländern führte (z.B. sind die Löhne in Griechenland seit 2008 um 23%, in Portugal um 9% und in Spanien um 6% gesenkt worden). Die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland stieg von 22,7% in 2007 auf 43,6% in 2017, in Spanien von 18,1 auf 38,6% und in Portugal von 16,7 auf 23,9%. Beobachter sprechen daher von einem verlorenen Jahrzehnt, andere bereits von einer verlorenen Generation. Ein weiteres Beispiel ist die erste Version der sogenannten Bolkestein Richtlinie 2004, die einen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Kahlschlag in Westeuropa zur Folge gehabt hätte und nur durch massiven Protest abgemildert werden konnte.

Aus Sicht der AfA Saar ist ein soziales, solidarisches, gerechtes und demokratisches Europa jedoch unabdingbar um den Populisten die Deutungshoheit im Bereich der Europapolitik nicht zu überlassen.

2. In Deutschland ist für einen Großteil des Stimmenverlustes der SPD das fehlende Vertrauen vieler Wähler\*innen in die Problemlösungskompetenz und schlimmer noch in die –willigkeit bei sozialen Themen verantwortlich. Deutlich wird das an den drei Problemlösungskompetenzen, die unabdingbar für einen Wahlerfolg sind und die regelmäßig abgefragt werden: Im Bereich Wirtschaft lag die CDU 1998 mit 37% zu 33% vor der SPD, im Jahr 2017 mit 45% zu 17%; im Bereich der Zukunft war die Verteilung 1998 36% zu 33% für die SPD und 2017 38% zu 17 für die CDU; im Bereich Arbeitsmarkt, der Kernkompetenz der SPD in der Vergangenheit, lag die SPD 1998 noch 42% zu 24% vor der CDU, 2017 hatte sich das Verhältnis umgekehrt, die CDU lag 38% zu 21% vor der SPD. In diesem Bereich hat die Wahrnehmung der Problemlösungskompetenz der SPD um über 50% abgenommen!

Für viele Abwanderer wurde die SPD zum Problem und nicht zur Lösung. Die Fokussierung der damaligen rot-grünen Bundesregierung auf die funktionalen

Erfordernisse des Arbeitsmarktes (Fordern) bei gleichzeitiger Hintanstellung des Hilfsaspektes (Fördern), die Erleichterungen bei den Befristungen von Arbeitsverträgen und die Neuregelung der Leiharbeit, hat, in Zusammenhang mit den drastischen Veränderungen beim Steuerrecht und den damaligen Rentenregelungen, viele der Kernwähler\*innen, v.a. im Bereich der Arbeitnehmerschaft vergrault. Dabei war die psychologische Komponente der Agenda 2010 weitaus wirkungsvoller als die reale Regelung: es sind eben nicht die Armen, die Arbeitslosen, oder die Sozialhilfeempfänger, die sich den Populisten zuwenden (diese Gruppen gehen kaum wählen!) sondern diejenigen, die sich von sozialem Abstieg bedroht fühlen und für die Hartz IV das Synonym für Elend bedeutet, das zu vermeiden erste Aufgabe ist. Da sich die AfD intern in einem „Erneuerungsprozess“ befindet, in dem die bürgerlichen KandidatInnen schrittweise gegen rechtspopulistische ausgetauscht werden, die, anders als Lucke und Co., die soziale Frage deutlicher in den Vordergrund rücken, werden sich wahrscheinlich auch die sozial Abgehängten vermehrt der AfD zuwenden. Dies aber waren traditionell auch SPD Wähler\*innen! In dieser Wahrnehmung gehen die richtigen Weichenstellungen, die mit der ursprünglichen Reform verbunden waren, so z.B. die Auflösung des „Verschiebebahnhofs“ Arbeitslosenhilfe – Sozialhilfe – Arbeitslosengeld und die Unterstützung durch Weiterbildung, völlig unter. Auch die teilweise erheblichen Korrekturen an den ursprünglichen Regelungen werden, ganz in der Logik einer Großen Koalition nicht (nur) der SPD zugerechnet, während die Einführung scheinbar ausschließlich der SPD angelastet wird (unbeachtet der Rolle der Union im Vermittlungsausschuss).

Das gleiche gilt für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, einem unserer Ansicht nach, der bedeutendsten sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit, durch die in Deutschland ca. 4 Millionen Arbeitnehmer\*innen mehr Lohn oder Gehalt beziehen.

3. Die Erneuerung der SPD muss sich nach unserer Ansicht in drei Bereichen vollziehen: Inhaltlich, personell und in der Art, wie wir Kontakt zu den Menschen halten.

**Inhaltlich** ist unserer Ansicht nach die Fokussierung auf einen weiteren Ausbau des Sozialstaats vonnöten. Diese Zuspitzung ist in Zeiten großer Koalitionen kaum sichtbar, deshalb sollte eine große Koalition ein Ausnahmefall bleiben.

Konkrete Projekte sind z.B., im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, die Fokussierung auf Gute Arbeit, die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes und des Hartz IV Satzes (v.a. für Familien mit Kindern), die Eindämmung der Möglichkeit der Befristung von Arbeitsverträgen, Reduzierung von Leiharbeit auf die Erledigung von Auftragsspitzen bei sofortiger gleicher Bezahlung, konkrete und umsetzbare Projekte sind eine Erhöhung des vergabespezifischen Mindestlohns und Verzicht auf sachgrundlose Befristungen in sozialdemokratisch regierten Kommunen und Ländern; im Bereich der Sozialpolitik eine lebensstandardsichernde Rente, eine qualitativ hochwertige Pflege, bezahlbares Wohnen, Rückkehr zur vollen Parität in der Pflegeversicherung und beitragsfreie Kitas; mitbestimmungspolitisch ist vor dem Hintergrund der Veränderungen der Arbeitswelt durch Digitalisierung die Instrumente der betrieblichen Mitbestimmung nachzujustieren; finanzpolitisch ist eine steuerliche Entlastung von Geringverdienern, eine verfassungsgerichtsfeste Regelung der Erbschaftssteuer, die alle Vermögensarten mit einschließt und eine stärkere Besteuerung multinationaler Unternehmen vonnöten. Dass der SPD Finanzminister Scholz die Transparenzrichtlinie auf europäischer Ebene blockiert, obwohl die SPD diesen Punkt prominent im Wahlkampf vertreten hatte, halten wir für einen Verstoß gegen den ursozialdemokratischen Grundsatz von Johannes Rau: „Sage was du tust und tue was du sagst“ und den Wähler\*innen kaum vermittelbar.

Bei der öffentlichen Infrastruktur ist ein deutlicher Aufhol- und Sanierungsbedarf erkennbar.

**Personell** bedeutet für uns Erneuerung die konsequente Ausrichtung von Kandidat\*innen auf die oben genannten inhaltlichen Bereiche. Nur wenn die Inhalte von glaubhaften Kandidat\*innen öffentlich vertreten werden, wird dies zu einem Umkehr im Vertrauen der Wähler\*innen führen.

Für besonders wichtig halten wir den Bereich der **Kontaktaufnahme** und –pflege mit den Menschen. So wichtig die Präsenz in den neuen Medien auch sein mag, sie kann keinesfalls die Begegnung mit den realen Menschen ersetzen. Die Verankerung in den Kommunen in Vereinen oder sozialen Einrichtungen, Hausbesuche, Gespräche im Betrieb und Betriebsverteiltaktionen sind immer noch die besten Möglichkeiten, direkt mit den Menschen in Kontakt zu kommen um die konkreten Nöte und Sorgen der Menschen ungefiltert aufnehmen zu können und in die parteiinterne Diskussion einspeisen zu können.

Nur wenn die SPD glaubhaft in der Lage ist, diese Probleme zu erkennen, aufzunehmen und versuchen diese zu lösen, werden sich verlorene Wählergruppen und neue Interessenten wieder der SPD zuwenden.